

Von: **Reiko Beil**
Betreff: Veranstaltung am 24.06.2015
Datum: 25. Juni 2015 09:56
An: Vaatz Arnold, Stefan Doroba (Büro Andreas Lämmel MdB),

RB

Sehr geehrte Frau Giousouf, sehr geehrter Herr Vaatz, sehr geehrter Herr Lämmel,

in Anbindung an Ihre gestrige Veranstaltung zum Thema Integration und Einwanderung möchten wir uns noch einmal für die Einladung bedanken.

Obwohl das Interesse der Bürgerschaft trotz der gewählten Brennpunkthemen niedriger war als erwartet und dies wieder einmal unser Kernthema der Politikverdrossenheit in diesem Land unterlegt, wurden interessante inhaltliche Aspekte zum Ansatz gebracht.

Wir erlauben uns, wie seitens des Unterzeichners bereits am gestrigen Abend mündlich fixiert zusammenfassend festzuhalten, dass aus unserer Sicht die wichtigsten innenpolitische Aufgaben der Politik darin bestehen sollte, die Verfahrensabwicklung bei Asylanträgen mit Hochdruck zu verkürzen und asylberechtigte Menschen zeitnah in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Das an der Verfahrensverkürzung gearbeitet wird ist bekannt, allerdings erschließt sich aktuell nicht, wo die Vielzahl der benötigten Verwaltungsangestellten für eine Beschleunigung der Verfahren herkommen soll. Etwaig, wenn nicht schon geschehen, sollte in diesem Zusammenhang über eine befristete Arbeitgeberseitig angewiesene Arbeitsplatzverlegung von Mitarbeitern aus anderen Verwaltungsbereichen nachgedacht werden, um einen fortlaufenden Rückstau der Verfahrensbearbeitung zu vermeiden.

Die Thematik der Arbeitsplatzintegration asylberechtigter Personen sehen wir als eine noch größere Herausforderung an.

Sollte der Flüchtlingszulauf sich nicht minimieren und sollten andere EU-Länder weiterhin dekonstruktiv mit der Flüchtlingsaufnahme umgehen, werden unter Beachtung frei zugänglicher Angaben und dem Zahlengefüge der Vorjahre, bis Ende des Jahres kumuliert rund 1 Million mit einem Bleiberecht ausgestattete Personen, das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland tangieren. Ein Großteil dieser Menschen ist nicht als ausgebildete Fachkraft in den Arbeitsmarkt integrierbar.

Aus unserer Sicht ist es darum dringend erforderlich, unter den gegebenen Umständen, das Mindestlohngesetz befristet wieder außer Kraft zu setzen. Eine geplante teilweise Arbeitsmarktzuführung der mit einem Bleiberecht ausgestattete Personen über 1,00 Euro Jobs, wie in anderen Gesprächen mit Kommunal und Landespolitikern wahrgenommen, sind hier das falsche Signal, da aus der Vergangenheit bekannt ist, dass diese Beschaffungsmaßnahmen kurzfristig massiv mit der Wirtschaft konkurrieren werden.

Noch problematischer ist eine Arbeitsmarktzuführung dieser Menschen als schwer vermittelbare Arbeitssuchende mit der Unterlegung von Eingliederungszuschüssen, da ein derartiges Agieren ungewollte Effekte im gesamten Wettbewerbsgefüge schafft.

Zur Integration gehört neben der dezentralen Unterbringung und einem schnellen Erlernen der deutschen Sprache dringend ein Plan, wie diese Menschen ihrem Ausbildungsstand entsprechend in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können.

Aus unserer Sicht reichen die jetzigen Bemühungen der Bundespolitik hier nicht aus, denn an dieser Stelle tickt eine soziale Zeitbombe.

Wir sehen die Aussetzung des Mindestlohngesetzes als aktuell einzige Alternative an, um den Arbeitsmarkt für diese Menschen zu öffnen und eine zeitnahe Integration zu ermöglichen, auch wenn ein negatives Lohngefälle auf Grund des etwaig niedrigeren Ausbildungsstandes nicht erwünschter Nebeneffekt ist.

Wir würden uns freuen, wenn Sie diese Problematik mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten aufgreifen und wünschen Ihnen weiterhin gutes Gelingen.

Mit freundlichen Grüßen

Reiko Beil

Initiative Dialog-2015

P.S.

Frau Giousouf bitten wir parallel an die Beantwortung unserer noch ausstehenden Bürgeranfrage vom 27.05.2015 zu denken.